



also 168

Juni 2023

GEW Wuppertal

Extraseiten

GEW Solingen

GEW Mettmann

Impressum:
also 168
Juni 2023

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261
Fax 0202 - 455050

wuppertal@gew-nrw.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 12 -17 Uhr

Redaktion und
Layout:

Helga Krüger
(verantwortlich)
Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Ulla Weinert

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Solingen
GEW Mettmann

Fotos:
©Anke Meinzen-Spark
und GEW

Druck:
Druckerei Schöpp



Inhalt:

206.229.381 Millionen Euro	03
Grundschulentwicklungsplanung	04
WZ-Kommentar zur Wuppertaler Schulpolitik	09
Ich hab da mal einen Vorschlag	10
Gravierende Belastungssituation	14
Alltagshelfer*innen	17
Fachlehrer*innen: Faire Bezahlung fehlt	18
1933: Niemals vergessen	19
Petition Seiteneinstieg	20
Tarif TVÖD steht	21
Kindergrundsicherung	23
KITA-Situation ist dramatisch	24
Einfach nur mal Kaffeetrinken?	25
Geburtstage GEW Wuppertal	26
Besuch bei der Konsumgenossenschaft Vorwärts	28
GEW Beratung	
Ablehnung Teilzeit	31
Fachleiter*innenzulage	33
Wechselmöglichkeiten	35
Pensionierungswelle rollt	36
GEW Solingen	
Ausgepresst wie Zitronen	38
Save the date	39
Geburtstage GEW Solingen	40
Nachruf	42
Kontakte GEW Solingen	43
GEW Kreis Mettmann	
Geburtstage GEW Mettmann	45
Jahreshauptversammlung	46
Personalratsarbeit—ein Gewinn	47
Kontakte GEW Mettmann	48
GEW Wuppertal: Personalrät*innen	50
GEW Wuppertal: Vorstand	51



Diese Millionen wurden allein 2021 nicht ausgegeben, weil Lehrkräfte nicht eingestellt werden konnten. Diese Millionen sind zurückgeflossen in den Landeshaushalt und werden auch künftig den Schulen entzogen, auch in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung.

Warum wird das Geld nicht benutzt,

- um endlich ausreichend Sozialarbeitskräfte an allen Schulen einzustellen. Unbefristet! Nicht unter Inanspruchnahme von Lehrerstellen!
- um endlich Schulverwaltungskräfte für alle Schulen einzustellen, und zwar nicht wie immer noch im Erlass festgelegt unter Anrechnung auf Lehrerstellen.
- um endlich den Lehrkräften die Wartung der Computer zu ersparen.
- um Alltagshelfer*innen für alle Grund- und Förderschulen einzustellen, unbefristet und nicht - wie z. B. in Wuppertal - 12 Stellen für 56 Grundschulen.

Gerne nehmen wir weitere Vorschläge für einen sinnvollen Einsatz entgegen und leiten sie weiter.



Alarmierende Klassenfrequenzen,
Container auf dem Schulhof:

Ist das bald wieder Alltag in
Wuppertaler Grundschulen?

Grundschulentwicklungsplanung

Eine Dauerbaustelle, die abgeräumt werden muss

// Sechs Jahre ist es her, dass der Rat der Stadt Wuppertal Eckpunkte zur Schulentwicklung 2018-2022 beschlossen hat. Doch für Grundschulen blieb der Plan nur Papier. //

Vier neue Grundschulstandorte waren damals in der Planung, baulich wurde bis heute davon nichts umgesetzt. Die neugegründete Grundschule Matthäusschule fristet ihr Dasein in drangvoller Enge in Übergangcontainers, Ende offen. Für den 2018 beschlossenen Neubau der Grundschule an der Gewerbeschulstraße liegt erst seit 2023 ein Baudurchführungsbeschluss vor. Und das alles, obwohl schon damals die Schülerzuwächse auf dem Tisch lagen und sich seitdem weiter verstärken, auch in den nächsten Jahren.

Nun liegt ein von der Stadt beauftragtes Gutachten vor. Die Gutachter haben alle Räume der 56 städtischen Grundschulen analysiert und machen Vorschläge, wie sie besser genutzt werden können. Denn in Wuppertal gibt es schon jetzt einen Mangel an Räumen für Unterricht und Betreuung, während in den nächsten Jahren noch mehr Kinder eingeschult werden, so die Prognose. Die Gutachter schlagen deshalb einen Strategiewechsel vor. Mal hier ein neu ausgebautes Dachgeschoss, mal da eine umgewandelte Hausmeisterwohnung, mal Modulbauten auf dem Schulhof schlagen die Experten vor.

Doch die GEW sagt: Die nun in den Blick genommenen Maßnahmen für die Grundschulen werden die Probleme nicht lösen.

Bildung und Schulen haben keine Priorität in unserer Stadt – das muss sich ändern

Wir sagen es ganz deutlich: Das alles ist vor allem Folge einer fehlenden Priorität für Bildung und Schulen in unserer Stadt. Wie kann es sonst sein, dass offensichtlich fünf Jahre viel zu wenig passiert, um den schon jahrelang manifesten Raummangel zu beheben?

Es rächt sich die mangelhafte Schulentwicklungsplanung der letzten 20 Jahre und es rächt sich vor allem, dass Wuppertal nicht genug Geld in die Hand nimmt für den Schulneubau und -ausbau und für Personal, das den Ausbau stemmt. Das ist eine Frage des politischen Willens! Hier sind die Ratsparteien gefragt, die Prioritäten endlich für Schule und Bildung anders zu setzen.

Die Folgen für die Kinder und die Schulen unserer Stadt sind fatal

Arbeits- und Lernbedingungen verschlechtern sich von Jahr zu Jahr, die Klassengrößen in den Grundschulen liegen mit 25,6 weit über dem NRW-Schnitt von 23,5 Schüler*innen pro Klasse. Gerade in den besonders belasteten östlichen Stadtgebieten liegt der Schnitt sogar bei 26,7 Kindern pro Klasse, wobei hier die zugewanderten Kinder der letzten zwei Jahre noch gar nicht abgebildet sind. In der Folge sitzen in vielen Grundschulklassen 30 Kinder und mehr, darunter Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse und immer mehr mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

NRW-Schulbaurichtlinien werden viel zu oft nicht eingehalten

Die Mehrzahl der Wuppertaler Grundschulen erfüllt schon jetzt nicht die ohnehin knapp bemessenen Standards der NRW-Schulbaurichtlinien. Differenzierungsräume fehlen, Lernmittelräume werden zu Gruppenräumen umfunktioniert, in den Lehrerzimmern hat nicht jede Lehrkraft einen Sitzplatz, Verwaltungsräume verdienen den Namen nicht. Mensen sind zu klein oder gar nicht vorhanden, Räume für Ganztagsbetreuung sind Mangelware.

Die derzeitigen Planungen hinsichtlich der Aufstellung von zusätzlichen Unterrichtscontainern an zahlreichen Wuppertaler Grundschulstandorten schränken die ohnehin oft begrenzten räumlichen Kapazitäten weiter ein.

Die Stadt hat bisher noch viel zu wenig in den Blick genommen, dass die veränderte Grundschulsituation mit Inklusion, Integration und dem wachsenden Einsatz von multiprofessionellen Beschäftigten und Sozialarbeitskräften sich auch im Raumbedarf abbildet. Sozialarbeitskräfte brauchen Raum, z.B. zur Beratung, zur Kleingruppenförderung. Sie können mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht auf einen „multifunktionalen“ Stammklassenraum beschränkt werden.

Nur kleinteilige Umbauten an bestehenden Schulen werden nicht reichen

Es ist ein Irrglaube, dass mit kleinteiligen „Lösungen“ in den Schulen der große Wurf gelingen kann. Ja, die im Gutachten vorgeschlagenen Ausbauten von Hausmeisterwohnungen, Dachgeschossen und Kellerräumen müssen sein, aber sie können nicht den Bedarf von vier dreizügigen Grundschulen ersetzen, die nach der Schülerzahlentwicklung in Wuppertal notwendig sind. Dieser Ausbau ist allein schon deshalb zwingend, um den zusätzlichen täglichen Raumbedarf zu decken, der durch veränderte pädagogische Anforderungen und Schülerzuwächse der Vergangenheit besteht.



1028

Der Plan, mit möglichst wenigen Finanzmitteln und mit maximalem Anspruch an die Flexibilität der Schulen nur auf multifunktionale Räume zu setzen, kann nicht aufgehen. Auch dürfen Container sowie Modulmensen keine Dauerlösung an Wuppertaler Grundschulen werden. Tatsache ist, dass jahrelanges Improvisieren angesichts des Raummangels schon jetzt für viele Schulen an der Tagesordnung ist. Und die Herausforderungen werden durch den gesetzlichen Anspruch auf Betreuung ab 2026 noch größer und sind dann kaum mehr mit dem Anspruch an qualitativ guten Unterricht und hochwertige Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich vereinbar.

Tische mit Rollen und Stühle mit Tritten, die variabel sind, das sind keine Innovationen. Es kann nicht sein, dass Kinder in Zukunft den ganzen Tag bis 16 Uhr in einem multifunktionalen Raum ohne Ausweichmöglichkeiten verbringen müssen und weil die Mensa fehlt oder zu klein ist, auch ihr Mittagessen am Schultisch einnehmen.

Der große Wurf gelingt nur mit Vorfahrt für Bildung

Die GEW sagt: Wer den Kindern und den Schulen unserer Stadt gerecht werden will, der muss ihnen Vorfahrt und Priorität einräumen und das mit ausreichenden Finanzmitteln und genügend Personal beim Gebäudemanagement, um ohne die bekannten Verzögerungen der Vergangenheit endlich in Zeiträumen Lösungen zu schaffen, die längst überfällig sind.

Und das gilt nicht nur für die Wuppertaler Grundschulen, denn auch für den Rat der Stadt dürfte es kein Geheimnis sein, dass nach vier Jahren Grundschulzeit der Übergang der wachsenden Schülerschar auf die weiterführenden Schulen ansteht. Schließlich warten schon jetzt jährlich fast 500 Wuppertaler Familien vergeblich auf einen Gesamtschulplatz.

Steigende Baupreise dürfen kein Argument sein, Maßnahmen immer wieder zu schieben. Bei anderen Großprojekten - wie z.B. der Bundesgartenschau - ist man da offensichtlich nicht so zimperlich und hat den Ehrgeiz, mächtig und rechtzeitig zu investieren.

Keine Frage der Ideologie

Westdeutsche Zeitung
vom 6. Mai 2023

Von Lothar Leuschen

Wuppertals Haushalt für das laufende Jahr ist genehmigt. Die Bezirksregierung hat dem Zahlenwerk offiziell seinen Segen gegeben. Mithin war die erste Dienstanzeige des neuen Kämmerers Thorsten Bunte an die Mitglieder des Rates eine Gute. Auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick wimmelt es nur so von Gefahren. Denn müsste die Stadt ihre durch Corona entstandenen Mehrkosten reell und nicht in einem Schattenhaushalt verbuchen, dann wäre es jetzt schon bitter, dann gäbe es keinen ausgeglichenen Haushalt, dann müsste die Bezirksregierung die Stadt Wuppertal unter Kuratel stellen und jeden noch so kleinsten Griff in die Kasse genehmigen. So kommt es nicht.

Das ist es dann aber auch schon mit dem guten Teil der Nachricht. Denn die Kassenlage bleibt schlecht. Sie erfordert Fingerspitzengefühl und die Bereitschaft, Prioritäten zu setzen. Das gelingt Ratsleuten nicht immer. Aber es ist notwendig. Wie notwendig das ist, zeigt nicht in erster Linie der Blick auf teils sehr marode Straßen. Bedrückender ist der Blick in die Schulen dieser Stadt. Just zur Bekanntgabe der Anmeldezahlen hat sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wieder einmal zu Wort gemeldet. Abgesehen vom auch ideologisch bedingten und stets wiederkehrenden Ruf nach mehr Gesamtschulen, ist ihr Hinweis auf den Zustand in

den Grundschulen besorgniserregend. Anscheinend erfüllt Wuppertal nicht überall die Anforderungen an einen erfolgversprechenden Start ins Schulleben. Klassenräume in Containern, die in Verwaltungen schamhaft gern Module genannt werden, aber nichts anderes sind als mobile Provisorien. Schulgebäude, deren sanitäre Anlagen Mindeststandards nicht erfüllen. Vor allem aber zu wenig Raum für die fünf und sechs Jahre alten Mädchen und Jungen. Je nachdem, in welchem Quartier ein Kind eingeschult wird, ist sein Weg vorgezeichnet. Zu große Klassen mit zu vielen Kindern, von denen zu

viele schon Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben, sind keine guten Ausgangspositionen. Wenn die Gewerkschafter sich nicht verzählt haben, dann sind in Wuppertals Grundschulklassen im Durchschnitt 25,6 Kinder untergebracht, im Landesschnitt sind es zwei weniger. Für Lehrerinnen und Lehrer ist das ein himmelweiter Unterschied, vor allem, wenn dann auch noch Sprach- und Mentalitätshürden zu überwinden sind.

Wuppertal rühmt sich zu recht, den Zuzug Geflüchteter bisher sehr professionell und geräuschlos organisiert zu haben. Die Hilfsbereitschaft der Wuppertaler scheint keine Grenzen zu kennen. Das ist sympathisch. Es darf aber nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die mit gravierenden Veränderungen verbunden sein können. Das Problem sind dann aber auch nicht die Kinder, egal welcher Herkunft. Das Problem sind Stadtverwalter und

Lokalpolitiker, die bisweilen nicht imstande sind, die richtigen Prioritäten zu setzen. Dabei ist Schulplanung kein Hexenwerk. Jede Stadt weiß am Ende eines jeden Jahres, wie viele Kinder geboren werden. Die allermeisten davon werden fünf oder sechs Jahre danach eingeschult. Und einen belastbaren Puffer für Geflüchtete einzuplanen, sollte inzwischen ebenfalls möglich sein.

Bildungspolitik ist immer auch ein Steckempferd von Parteideologen. Aber für die Grundschulen sollte in den Fraktionen Konsens herrschen und die Erkenntnis, dass jeder Euro in gute Schulbildung sich im Laufe eines Menschenlebens in aller Regel vielfach verzinst. Deshalb ist es Wuppertal und vor allem seinen Kindern zu wünschen, dass die Stadt der Gewerkschaft schon im nächsten Jahr keinen Anlass mehr gibt, über den Zustand der Grundschulen zu schimpfen.



lothar.leuschen@wz.de

Ganz gut getroffen die Einschätzung, Herr Leuschen. Nur, nicht die GEW verbreitet Ideologie mit dem Hinweis auf fehlende Gesamtschulplätze. Ideologisch ist eher das in Europa einmalige vielgliedrige Schulsystem.

Ich hab da mal einen Vorschlag

Auch das könnte Entlastung bringen

// „also“ hatte rumgefragt, ob es Vorschläge gibt, die unmittelbar zur Entlastung führen können in der bekannten angespannten Situation an den Bildungsarbeitsplätzen. Hier dazu einige Beispiele. //

Ulrike, Realschule: Ich bin 61 Jahre und schlage mich recht tapfer durch den immer wahnsinniger werdenden Schulalltag einer Lehrerin. Vorgesehen ist, dass ich bis kurz vor meinem 67. Lebensjahr unterrichten werde. Wie es zum 55. und zum 60. Lebensjahr Entlastungsstunden gab, erwarte ich diese eigentlich zum 63. und 65. Lebensjahr ebenfalls, damit ich, wie viele meiner Kolleginnen es sich auch wünschen, das Pensionsalter gesund erreichen kann. Wie steht die GEW dazu?

also: Gute Idee, Ulrike. Früher war ja mit 65 Schluss. Jetzt mit 67 ab dem Geburtsjahrgang 1967- und für Lehrkräfte können noch die Monate bis zum Schulhalbjahr draufkommen, bis sie fast 68 sind. Da sollte noch eine Entlastungsstufe gezündet werden. Wir werden das an den Landesvorstand schicken, damit er das gut hörbar fordert.

Hans-Peter, Gesamtschullehrer: Meine Sofortmaßnahme für Entlastung: Wegfall der Gefährdungs-Beurteilungen im NW-Unterricht!

Im naturwissenschaftlichen Unterricht ist aktuell vorgeschrieben, dass Kolleg*innen vor jedem Experiment eine sogenannte "Gefährdungsbeurteilung" erstellen. Mit diesem 5-seitigen Formular werden durch Ankreuz-Abfragen Sicherheitsaspekte (Schutzbrille? Entsorgung? Besondere Gefahren?) abgefragt.

Für Nicht-Fach-Kolleg*innen ein Vergleich: Vor jedem Starten deines Autos musst du erst einmal eine Liste von Sicherheitsfragen durchgehen. Schließlich kann beim Autofahren viel passieren: Sicherheits- und Umweltrisiken beim Tanken, Sicherung der Ladung, wetterbedingte Gefahren durch Regen, Seitenwind, Schnee und Eis, Ablenkung beim Fahren durch Mitreisende, durch Musik, Essen & Trinken, ggf. beeinträchtigte Fahr- und Sehtüchtigkeit der Fahrer*in etc.

Außerdem musst du die Frage beantworten, ob die Fahrt nicht auch mit anderen Verkehrsmitteln gefahrloser zum gleichen Ziel führt. Im Experimental-Unterricht nennt sich das „Substitutions-Prüfung“.

Vor Beginn der Fahrt druckst du die Checkliste dann noch einmal aus, unterschreibst noch kurz, legst sie ins Handschuhfach - und schon



**Man kann uns
nicht ausquetschen
wie Zitronen!**

**Arbeitsverdichtung ist
nicht Teil der Lösung,
sondern Teil des Problems!**

kann's losgehen!

Angesichts einer immer noch vierstelligen Zahl von Unfalltoten auf Deutschlands Straßen: Wer wollte etwas dagegen haben? - Nun, viele Menschen hätten was dagegen! Warum?

Weil es unverhältnismäßig aufwändig ist und durch solche Checklisten falsches / gefährliches Verhalten kaum verhindert wird.

Stattdessen wird man als Autofahrer*in insbesondere vor längeren Fahrten ggf. den Reifendruck, ggf. die Beleuchtung prüfen und sich ggf. Gedanken über die Sicherung der Ladung u.a. machen. Wenn es dunkel ist, macht man das Licht an usw. - auch ohne Checkliste. Es ist der Verantwortung der einzelnen PKW-Fahrer*in überlassen, dass er oder sie solche Vorbereitungen sorgfältig, aber auch verhältnismäßig, trifft. Ggf. hat man die Pflicht, sich zu informieren. Aktuelle Informationskampagnen von Polizei, Verkehrswacht u.a. sensibilisieren zusätzlich Autofahrer*innen für Sicherheitsthemen.

Entsprechend würde ich mir wünschen, dass im schulischen Bereich die generelle Pflicht zum Erstellen von formalisierten Gefährdungsbeurteilungen für jedes Experiment entfällt.

Die Personen, die sich in Ministerien, bei Bezirksregierungen und Unfallversicherern mit dem Thema Gefährdungsbeurteilungen beschäftigen, könnten stattdessen praktische Fortbildungen für Kolleg*innen in „zeitgemäßem, sicherem Experimentieren“ mit dem Fokus auf unterschiedliche Themen (z. B. "Keine Angst vor Wasserstoff!") anbieten.

also: Wir haben uns mal schlau gemacht als Nichtfachler. Es ist wohl tatsächlich so, dass diese Vorschrift gleichermaßen für große Konzerne gilt (BASF z.B.) und für den Chemieunterricht. Das kann man nur als unverhältnismäßig bezeichnen. Es ist eigentlich lachhaft, die Mengen, die z.B. im Chemieunterricht eingesetzt werden mit denen in einem Industriebetrieb zu vergleichen.

Conni, Gymnasium: Folgende Dinge würden mich als Sofortmaßnahmen entlasten:

- Übernahme von Pausen- und Klausuraufsichten durch externe Kräfte
- Abnahme von Verwaltungsarbeiten wie das Ausfüllen von Formularen zur Abrechnung von Mehrarbeit, Auszahlung von Exkursionsgeldern etc., Eintreiben von Geldern für Klassenausflüge und Exkursionen, Buchbestellungen, Unfallberichte, Anträge für die Übernahme von Kosten für Klassenfahrten, Formulare für externe Nachhilfe ...

- stündlich ansprechbare, technische Hilfe
- beständig funktionierendes Internet
- Begleiter*innen bei Exkursionen (keine anderen Lehrkräfte)
- Schulsozialarbeiter*innen
- Krankenbetreuer*innen
- Begrenzung von zusätzlichen Projekten/ Projekttagen
- Systematische Einführung neuer/ nicht ausgebildeter Lehrkräfte
- klare, pädagogische Absprachen zum Einsatz digitaler Hilfsmittel

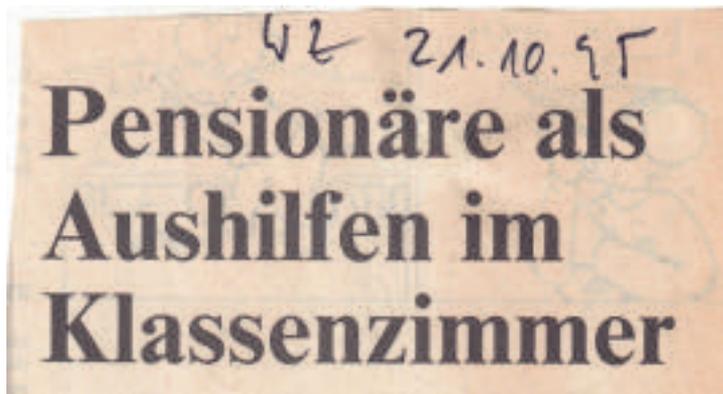
Melissa, Sonderpädagogin: Humor bewahren bitte

Die täglichen Herausforderungen meistere ich mit Humor und guter Laune. Außerdem lasse ich mich von den vielen Vorgaben nicht einengen und nehme mir die Zeit schöne Dinge mit den Schüler*innen zu erleben. Zum Beispiel gehen wir viel in den Wald.

Entlasten würde mich, wenn es keine Fächer und Stundenpläne mehr gäbe, sondern wenn Lehrpersonen in der Schule verschiedene Angebote machen würden und die Kinder sich mit Dingen beschäftigen dürften, die sie wirklich interessieren.

Gefunden: Lehrermangel

Offensichtlich ein Dauerproblem, aus dem Politik nix lernt



Gravierende Belastungssituation

GEW Wuppertal traf sich zur Jahreshauptversammlung

// Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 23. März 2023 konnte die GEW eine positive Bilanz als Gewerkschaft ziehen. Sie genießt hohe Akzeptanz in den Lehrerzimmern, aber auch in anderen Bildungseinrichtungen und ist mit über 1600 Mitgliedern die größte Bildungsgewerkschaft am Ort. //

Die Kolleg*innen schätzen vor allem die Initiativen der GEW, mit denen sie immer wieder auf Missstände im Bildungsbereich hinweist und sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt.

Erschreckend die Berichte des „täglichen Wahnsinns“ aus den Schulen. Der dramatische Lehrermangel ist zwar in aller Munde, wie gravierend er aber tatsächlich ist und welche Belastungen damit für alle verbunden sind, darüber werden Eltern und Öffentlichkeit im Unklaren gelassen.

Unbesetzte Lehrerstellen werden zwar gezählt, nicht offengelegt wird aber, wenn Unterricht gar nicht stattfinden kann, obwohl er im Stundenplan steht. „Wir nennen das Betreuung und das passiert täglich“, wird aus der Sekundarstufe I berichtet. Es kommt vor, dass eine Lehrkraft zwei oder sogar drei Klassen mitbetreuen muss. Das ist eigentlich aus Aufsichtsgründen gar nicht zu verantworten, aber Reserven haben wir nicht und Unterricht kann man das natürlich nicht nennen. In der Sekundarstufe II nennt man das dann beschönigend EVA – Eigenverantwortliches Arbeiten.“ Ein Lehrer aus einer Realschule ergänzt: „Wir müssen zwar keine Klassen mitbetreuen, bei uns heißt das „Aufteilung“. Es ist an der Tagesordnung, dass 6-8 Kinder zusätzlich in die Klasse kommen und hoffentlich wenigstens einen Sitzplatz finden. Vernünftigen Unterricht kann man dann vergessen.“

Nicht gezählt werden auch die Überstunden, die im Lehrerkollegium Tag für Tag zusätzlich geschoben werden. Die Schulen arbeiten seit Jahren am Limit, Arbeitsverdichtung und Überlastung haben schwerwiegende Folgen und fordern ihren Preis. Der Krankenstand steigt, die Unzufriedenheit wächst, weil man den Kindern nicht mehr gerecht werden kann.

Das zeigt sich besonders gravierend, wenn fünf oder mehr Kinder in einer Klasse des „Gemeinsamen Lernens“ mit 30 Schüler*innen sitzen, die eigentlich individuell sonderpädagogisch betreut werden

müssen. Doch dafür gibt es kein Personal. Zusätzliche Inklusionshelfer*innen könnten hier ein wenig Entlastung bringen, doch das erschwert die Stadt mit bürokratischen Hürden.

„Der akute Lehrermangel wird nicht so schnell verschwinden, deshalb müssen wenigstens andere Entlastungsmaßnahmen greifen, damit das System nicht kollabiert. Die Einschränkung der Teilzeit für die Lehrkräfte, die jetzt anläuft, wird den Krankenstand nur erhöhen, keine Entspannung bringen und den Beruf nur unattraktiver machen.“ Das war einhellige Meinung der GEW-Kolleg*innen. Notwendig wäre z.B. zusätzliches Verwaltungspersonal in den Schulsekretariaten. Auch Personal für die Wartung der digitalen Geräte, die jetzt von den Lehrkräften nur allzu oft in Wochenendschichten eingerichtet und betreut werden müssen, könnte den Schulen helfen. Warme Worte helfen nicht, wir brauchen Taten und das sofort.

Plakat der GEW Wuppertal

Für die Lehrerzimmer und andere Arbeitsplätze haben wir dieses Plakat drucken lassen. Sollte es nicht bei dir hängen, dann melde dich. Wir schicken dir gerne eines zu!



Wir vor Ort für euch.

 0022 44 02 63	 wuppertal@gew-nrw.de	 wuppertal@gew-nrw.de	 Postfach 61 42207 Wuppertal
--	---	---	---

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wuppertal



Alltagshelfer*innen

Ja, wo bleiben sie denn????

// Endlich mal eine gute Idee! Mit dem Erlass vom 29.03.2023 wurde die Rechtsgrundlage für den Einsatz von Alltagshelfer*innen an Grundschulen geschaffen. //

Damit sollen die Lehrkräfte in den Grundschulen entlastet werden, indem diese bei Alltagsroutinen und -aufgaben unterstützen. Und der Erlass zählt eine Menge auf, was tatsächlich zur Entlastung führen kann, wenn eine zusätzliche Ansprechperson für all die kleinen Baustellen im Unterrichtsalltag zur Stelle ist. Das fängt mit der Aufsicht an, dem Einsammeln von Geld, dem Kontrollieren von Material und Medien, der Begleitung bei Ausflügen und Klassenfahrten, Listenführung, Elternbenachrichtigung bei Krankheit, Kopien anfertigen, Medien heranschaffen - es gibt vieles, das den Unterrichtsalltag entlasten könnte.

Zwölf Alltagshelfer*innen für 56 Grundschulen

Wer darauf gehofft hatte, dass jede Grundschule mit Alltagshelfer*innen versorgt wird, wurde enttäuscht. Zwölf Stellen - das ist nicht gerade der große Wurf für unsere Schulen. Angekündigt wurde ein Riese, angekommen ist ein Zwerg.

Zum Schuljahresbeginn sollen sie eigentlich an den Start gehen, doch wie immer hinkt die Bürokratie hinterher. Weder gibt es Musterverträge für die Schulämter, noch sind die Voraussetzungen geschaffen, die Stellen zu verbuchen.

Befristet und auf Lehrerstellen

Und es gibt weitere „Schönheitsfehler“. Die Maßnahme ist für zwei (!) Jahre befristet und für die Verbuchung werden Lehrerstellen benutzt. Im Klartext ist das Programm eigentlich nur eine vorübergehende Luftnummer: Zu wenig, befristet und dann verringert die Maßnahme auf dem Papier auch noch den Lehrkräftebedarf, denn die Lehrerstelle gilt als besetzt.

Trotzdem: Wir werden gewohnt aufmerksam und kritisch beobachten, wie die organisatorischen Schwierigkeiten angegangen werden und euch auf dem Laufenden halten.

Faire Bezahlung fehlt

Fachlehrer*innen an Förderschulen ungerecht behandelt

// Fachlehrer*innen an Förderschulen leisten eine qualifizierte Arbeit und sorgen dafür, dass Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf angemessen gefördert werden können. //

Sie nehmen eine wichtige Rolle an den Schulen mit den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung, Körperlich-motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation sowie Sehen ein. Der Personalmangel und eine sich verändernde Schülerschaft wirken sich dabei erheblich auch auf die Tätigkeit und die Aufgabenschwerpunkte aus.

Immer größere Ungerechtigkeit bei der Bezahlung

An Förderschulen und Klinikschulen werden schon jetzt Vertretungskräfte, die eine Sonderpädagog*in vertreten, laut Tarifvertrag in EG10 eingruppiert. Auch die neu geschaffenen Stellen für Fachkräfte in Multiprofessionellen Teams werden abhängig von der Qualifikation der EG9 oder EG10 zugeordnet.

Doch Fachlehrer*innen, die neben pädagogischer, therapeutischer oder handwerklicher Berufserfahrung auch eine qualifizierte Ausbildung in einem Studienseminar mitbringen, werden weiterhin im Eingangsammt nur mit A9/EG9a bezahlt. Aus Sicht der GEW NRW ist diese Bezahlung ungerecht und entspricht nicht der Ausbildung und der ausgeübten Tätigkeit.

Die GEW NRW setzt sich aktiv für eine bessere Bezahlung ein

Die GEW NRW setzt sich seit langem für eine bessere Bezahlung der Fachlehrer*innen an Förderschulen ein und fordert diese auch immer wieder aktiv von der Politik.

Bereits 2020 hat die GEW NRW ein Rechtsgutachten zur Bezahlung der Fachlehrer*innen in Auftrag gegeben und kombiniert mit einer Postkartenaktion an die Landesregierung übergeben.

Das Gutachten stellt fest, dass „die Zuweisung des Eingangsamtes A10 für die Fachlehrer an Förderschulen sachgerecht und gerechtfertigt ist, da bei den Fachlehrern bereits im Einstiegsamt Anforderungen gestellt werden, die bei sachgerechter Bewertung zwingend die Zuweisung des Einstiegsamtes zu der Besoldungsgruppe A10 erfordern.“ (vgl. Kurzgutachten RA Hupperts für die GEW NRW).

In den aktuellen Stellungnahmen zum Haushalt des Landes NRW so-

wie zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung verweist die GEW NRW immer auch auf die dringend angesagte bessere Bezahlung im Eingangsammt für Fachlehrer*innen (siehe z.B. S. 4/5 Stellungnahme der GEW NRW).

Bei den ab Herbst wieder anstehenden Tarifverhandlungen fordert die GEW weiter eine echte Paralleltabelle, damit eine mögliche Anhebung im Eingangsammt nach A10 auch direkt einer Erhöhung der Tarifeingruppierung nach EG10 entspricht. Diese würde sich darüber hinaus auch auf die Beförderungssämter auswirken.

Der Einsatz der GEW NRW in den letzten Jahren hat zwar noch nicht zu einer Erhöhung der Eingangsbesoldung geführt. Durch den politischen Druck wurde aber zumindest das zweite Beförderungsammt für ca. 20% der Fachlehrer*innen nach A11/EG10 eingeführt.

1933: Niemals vergessen!

Veranstaltungsreihe und Ausstellung

Die nationalsozialistische Machtdurchsetzung und der Terror gegen die Arbeiter*innenbewegung in Wuppertal ist Thema einer Veranstaltungsreihe des Vereins zur Erforschung der sozialen Bewegung im Wuppertal.

Auch 90 Jahre nach der „Machtübergabe“ an die NSDAP sind viele lokale Ereignisse noch unbekannt. Das Wuppertaler Stadtgedächtnis verbindet mit dem Jahr 1933 meist nur noch die antifaschistische Demonstration am 30. Januar 1933, die Ermordung politischer Gegner wie Oswald Laufer und Alfred Meyer, die Bücherverbrennungen und schließlich die Existenz des KZ Kemna am Rande der Stadt.

Andere Ereignisse sind vergessen oder waren noch nie Gegenstand von Gedenkfeiern und (wissenschaftlicher) Aufarbeitung. Sie werden nun in den Mittelpunkt gerückt.

Das gesamte Programm ist hier zu finden:



Petition Seiteneinstieg

Brief von Marcel Hafke MDL/FDP

// Im Februar 2023 hatten wir die Petition an den Landtag zur Verbesserung der Situation der Seiteneinsteiger*innen an Landtagsabgeordnete übergeben. Marcel Hafke (FDP) stand im Stau und konnte deshalb an der Übergabe nicht teilnehmen. //

Nun hat er uns einen Brief gesendet und uns seine Unterstützung zugesagt. Einige Passagen seines Briefes möchten wir gern nachfolgend abdrucken und hoffen auf entsprechende parlamentarische Initiativen, die ja während der Regierungszeit mit Schulministerin Gebauer offensichtlich nicht auf der Tagesordnung standen.

So schreibt Herr Hafke z.B.: „Wir müssen dringend möglichst vielen am Lehrerberuf interessierten Personen ermöglichen, in den Schuldienst einzutreten. Auch der Seiteneinstieg muss erleichtert werden, um die Lücken schnellstmöglich zu füllen und gut qualifizierte Personen zu gewinnen, bzw. diese gezielt und verbindlich weiter zu qualifizieren. Nachteile für grundständig ausgebildete Lehrkräfte sollten dabei nicht entstehen, um langfristig keine Fehlanreize zu setzen.

Personen, die bereits in den Schulen unterstützen und beispielsweise als befristet eingestellte Vertretungskräfte arbeiten, müssen für die Schulen gehalten werden können. Ihnen müssen umfassende Unterstützungsleistungen angeboten werden.

So sollten Bachelorabsolventen ihr Masterstudium unter Erhalt der vollen Bezüge berufsbegleitend durchführen können. Masterabsolventen mit nur einem anerkannten Fach sollten die Möglichkeit erhalten, sich berufsbegleitend für ein zweites Fach zu qualifizieren. Ziel muss sein, sowohl die Qualität des Unterrichts zu verbessern als auch Personen, die im Schuldienst arbeiten wollen, attraktive Beschäftigungsverhältnisse anzubieten.“

Letzte Meldung: Post vom Landtag

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Ihre Eingabe vom 21.2.2023

.... Die notwendigen Prüfungen dauern noch an. Ohne vollständige Klärung des Ihrer Eingabe zugrunde liegenden Sachverhalts kann Ihre Petition nicht abschließend behandelt werden.

Ich bitte daher, noch Geduld zu haben

Der Tarif für den TVÖD steht

Im Herbst kommen die Verhandlungen für den TV-L

// Bei der Tarifrunde 2023 für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber bei den Gehaltserhöhungen für etwa 2,5 Millionen Beschäftigte geeinigt. Für die Mehrheit unserer Mitglieder wird die entscheidende Tarifrunde im Herbst kommen, denn dann geht es los für den TV-L. Da ist vor allem die gleiche Kampfkraft gefragt, die die Kolleg*innen beim Tarifstreit des TVÖD gezeigt haben. //

Die GEW hat das Tarifergebnis als „guten Kompromiss“ bezeichnet. Die Streiks haben was gebracht! Gegenüber den Angeboten der Arbeitgeber in drei Verhandlungsrunden haben wir kräftig zulegen können und Gegenforderungen der Arbeitgeberseite abgewehrt.

Viele fragen sich jetzt sicher auch: Was bedeutet der Abschluss für mich? Die GEW hat den Abschluss exemplarisch durchgerechnet.

Das Ergebnis in Kürze:

- Juni 2023:
einmalig 1.240 Euro Inflationsausgleich, steuer- und abgabenfrei
- Juli 2023 bis Februar 2024:
monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro steuer- und abgabenfrei
- Ab März 2024:
Erhöhung der Tabellenwerte um 200 Euro Sockelbetrag plus weitere 5,5 Prozent. Ist diese Erhöhung geringer als 340 Euro, wird der individuelle Betrag auf 340 Euro angehoben.
- Die Laufzeit beträgt 24 Monate.

Durchgerechnet für eine Erzieherin (z.B. EG S 8a, Stufe 5):

2023

1.240 € einmaliger Inflationsausgleich, ausgezahlt im Juni 2023
220€ monatl. Sonderzahlung, ausgezahlt von Juli 23 bis Februar 24

2024

200€ Festbetrag mehr im Monat ab 1. März 2024
Dazu noch einmal 5,5 Prozent mehr ab 1. März 2024
418,22€ brutto mehr Gehalt ab 1. März 2024

Das entspricht 11,1 Prozent mehr.



...ARD BE VINCI
s et Legendes

SKYSCRAPER SIMILE
ALBERTO NEW YEAR



MISS AND
L'ESTERDET

Brassens
le livre du souvenir
par Gilles Lemerle et Pierre Jullienne

Vermeer

Kindergrundsicherung

DGB Wuppertal: 23.000 Kinder würden profitieren

// Durch eine gut gemachte Kindergrundsicherung würde sich in Wuppertal die Lebenssituation von mehr als 23.000 Kindern und Jugendlichen verbessern. Das hat der DGB Wuppertal berechnet. //

„Die Ampel-Koalition in Berlin muss sich jetzt endlich auf eine Kindergrundsicherung verständigen und ausreichend Geld dafür bereitstellen“, fordert der DGB-Stadtverband Wuppertal. „Familien mit geringem Einkommen in NRW brauchen dringend mehr Unterstützung, damit ihre Kinder gut aufwachsen können.“

In Wuppertal lebten Ende 2022 17.754 Kinder und Jugendliche in Familien, die Bürgergeld erhalten. Hinzu kommen 5.507 Kinder und Jugendliche, die den Kinderzuschlag bekommen, der an geringverdienende Eltern zusätzlich zum Kindergeld ausgezahlt wird. Noch nicht einberechnet sind Familien, die heute aufgrund ihres geringen Einkommens einen Rechtsanspruch auf Leistungen haben, diese aber nicht beantragen. Die Bundesregierung selbst hatte in der Vergangenheit geschätzt, dass nur 35 Prozent der leistungsberechtigten Familien den Kinderzuschlag beantragen. Bei Geringverdienenden, die ergänzend Bürgergeld erhalten können, betrage die Dunkelziffer bis zu 50 Prozent.

Mit der geplanten Kindergrundsicherung sollen die vielen bestehenden Leistungen für Kinder gebündelt und die Beantragung einfacher und bürgerfreundlicher werden. Sozialleistungen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, die Hilfen müssen auch bei allen Familien ankommen. Neben einem einfachen Zugang fordert der DGB Wuppertal für die Kindergrundsicherung auch höhere Leistungen als Kinder und Jugendliche heute beim Bürgergeld erhalten. Dort seien beispielsweise im Regelsatz in Höhe von 348€ für ein Kind zwischen 6 und 13 Jahren nur 4,48€ pro Tag für Essen und Trinken vorgesehen. 8,89€ gibt's monatlich für Kino, Kindertheater, Sport- und sonstige Freizeitveranstaltungen.

Nur 2,83€ monatlich seien für Kinder- und Jugendbücher vorgesehen. Zu wenig. Die Int. Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) zeigt, dass Politik es versäumt hat, insbesondere Kinder aus armen Haushalten zu unterstützen. Dabei verursacht nichts mehr Folgekosten und ist teurer, als Kinderarmut zuzulassen. Geld für eine Kindergrundsicherung auszugeben ist auch eine Zukunftsinvestition.

Kita-Situation ist dramatisch

GEW: Qualität trotz Fachkräftemangel sichern

// Die GEW stellt fest: Kita als echte Bildung begreifen, heißt sie entsprechend auszustatten. Quereinstieg zusammen mit Qualitätsstandards, Multiprofessionalität und eine belastbare Finanzierung sind die Schlüssel für gute frühkindliche Bildung. //

Der Fachkräftemangel in den Kitas ist gewaltig. Wichtig ist, dass wir frühkindliche Bildung als das begreifen, was sie ist: Bildung und keine Betreuung. Dafür braucht es Personal und Qualitätsstandards.

Deshalb müssen Kitas personell vielfältiger aufgestellt sein, bspw. mit Heilpädagog*innen, Kindheitspädagog*innen oder Fachkräften für Sprache. Das entlastet Erzieher*innen bei ihrer Arbeit und stärkt durch die Verbreiterung der Perspektive den Kinderschutz. Auch eine Stärkung des Quereinstiegs ist dringend nötig. Damit eine hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung sichergestellt werden kann, müssen dabei aber Mindeststandards beachtet werden. Dazu gehört unbedingt, Fachschulen als ausbildende Einrichtung einzubinden und die Standards der KMK-Rahmenvereinbarung über Fachschulen anzuwenden, die ein Mindestmaß an fachtheoretischen Unterrichtsstunden vorschreiben.

Kolleg*innen, die ohne einen Abschluss als staatlich anerkannte Erzieher*innen in den Einrichtungen arbeiten, wie z. B. den zahlreichen Ergänzungskräften, müssen Möglichkeiten eröffnet werden, sich als Erzieher*innen berufsbegleitend weiter zu qualifizieren. Sie dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

Und klar ist auch: Gute Bildung kostet Geld. Die hohe Inflation sowie die deutlich gestiegenen Energiekosten stellen sehr viele Träger vor enorme finanzielle Herausforderungen. Auch die steigenden Tariflöhne, die durch die Dynamisierung des KiBiz nicht ausgeglichen werden, belasten die finanziellen Möglichkeiten der Träger stark. Klar ist dabei: Nicht die angemessenen Entgelte der Kolleg*innen sind das Problem – sondern eine strukturell ungenügende Finanzierung! Aus diesem Grund muss die Refinanzierung der Kitas durch die KiBiz-Pauschalen dringend und zeitnah evaluiert und angepasst werden. Bis dahin benötigen die Träger weitere finanzielle Unterstützung durch das Land, analog zum Kita-Rettungsprogramm während der Corona-Pandemie.

Einfach nur mal Kaffeetrinken?

Angebot an unsere GEW-Senior*innen

// Obwohl das Interesse an unseren Angeboten groß ist und wir zum Teil sogar Wartelisten anlegen müssen, vermissen wir doch viele unserer Kolleg*innen im Ruhestand, die wir in ihrer aktiven Zeit immer einmal wieder getroffen haben. //

Vielleicht ist es für den einen oder die andere schwierig, an unseren Treffen teilzunehmen, weil die Einschränkung der Mobilität der Hintergrund ist oder die Angebote vom Umfang her zu anstrengend sind.

Wenn du Interesse hast und dich angesprochen fühlst, sind wir gerne bereit ein Treffen zu organisieren, bei dem wir uns einfach nur zum Essen oder Kaffeetrinken - und vor allem zum Unterhalten! - verabreden. Gerne organisieren wir auch einen Fahrdienst, alles kein Problem, wir machen das gerne. Melde dich im GEWerschaftsladen.

Euer Team für die Wuppertaler GEW-Senior*innen

Birgit, Christian, Egbert und Inge

Und hier noch ein kleiner Eindruck von unserer Mai-Wanderung von der Ronsdorfer Talsperre zum Haus Zillertal.



Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2023

23 Jahre

Solvey Hlynsdóttir

30 Jahre

Patrick Blanke-Schelle

Svane Brandenburg

Julia Bremicker

Sandro Herr

Margarete Killian

Alexander Lurtz

Celina Mehlich

Clara Röhder

Lukas Vaupel

40 Jahre

Tanja Bertram

Esengül Cakar

Julian Hummerich

Anne Kakoschke-van Ophemert

Tino Orlishausen

Luzie Rapsch

Julia Aline Schwickert

Aaron Stursberg

Simone Weber

50 Jahre

Anja Kneffel

Christina Krüger

Meike Malz

60 Jahre

Bettina Daug

Bettina Kleff

Kerstin Mercklinghaus

Dr. Thomas Stumpe

Tanja-Mara van Holt

70 Jahre

Silke Bädje

Maria Gansen

Walter Lukas

Ernst Walther

80 Jahre

Dr. Bruno Essing

Doris Günther

86 Jahre

Dr. Peter Herche

Irene Hupfer



Gemeinsam stark, gestern wie heute

Ein Besuch bei der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“

// Die GEW Senior*innen besuchten am 28.2.2023 die Gebäude der ehemaligen Konsumgenossenschaft an der Münzstraße auf dem Sedansberg und erlebten eine sehr interessante Führung. //

Seit 1905 gibt es die Konsumgenossenschaft in Barmen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, gute und preisgünstige Lebensmittel in Eigenverwaltung gewinnfrei an ihre Mitglieder zu verteilen, was in der damaligen Zeit nicht selbstverständlich war. Entgegen anfänglicher Befürchtungen war die Genossenschaft sehr erfolgreich, hatte Großbäckerei, Kaffeerösterei, Getränkeabfüllung, Lagerräume mit direkter unterirdischer Bahnanbindung. 1931 zog die Genossenschaft nach Clausen um.

Das Gebäude Münzstraße ging an die Stadt und erlebte unrühmliche Zeiten als Standort der SA mit Folterräumen, Kaserne, Nazi-Ausbildungsstätte für den Reitersturm und Verwaltung. Später wurde es Flüchtlingsunterkunft, Asylbewerberheim, wieder Flüchtlingsunterkunft und schließlich ein geschichtsträchtiger, denkmalgeschützter Gebäudekomplex mit Ausstellung, aktiv betrieben durch den Förderverein.

Nach der Besichtigung gab es Kaffee und Kuchen bei bester Stimmung im Ausstellungsraum. Immer wieder zeigt es sich, wie wichtig



es ist, sich zu treffen, sich auszutauschen und an den gemeinsamen beruflichen Lebensweg zu erinnern.

Überraschung: Verlosung einer Berlinfahrt

Und diesmal gab es eine besondere Überraschung, nämlich die Verlosung einer Berlinfahrt. Inge Hanten hatte bei Helge Lindh, Bundestagsabgeordneter SPD, zu unser aller Freude eine kostenfreie politische Fahrt für 12 Personen im September nach Berlin organisiert, die gerecht ausgelost wurde. Und zwar bei allen Anwesenden, die interessiert waren, bei allen interessierten Angemeldeten, die diesmal auf der Warteliste standen und allen korrekt Entschuldigten.

Ihr seht, auch so lohnt es sich, nach dem Eintritt in den Ruhestand in der GEW zu bleiben. Die Gewerkschaft ist nach wie vor ein wesentlicher Faktor bei erfolgreichen Tarifverhandlungen, die neben den aktuell Beschäftigten auch den Pensionär*innen und ehemaligen Angestellten zu Gute kommen. Darüber hinaus erleben wir immer wieder tolle gemeinschaftliche Aktivitäten, manchmal sogar mit einer Verlosung, also ein dreifacher Gewinn.

Euer Senior*innenteam

Birgit, Inge, Egbert und Christian





Danke Guido Sauer für deinen Beitrag zum „Handlungskonzept“ der Landesregierung:
TEILZEITBESCHÄFTIGUNG - Zeichnung (Feder/Gouache)

Wenn Ablehnung der Teilzeit droht

Wichtige Hinweise des GEW Rechtsschutzes

Zurzeit häufen sich bei der GEW die besorgten Anfragen von Kolleg*innen, deren Antrag auf Teilzeit abgelehnt werden soll. Hintergrund ist das sogenannte „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“, was als einen Baustein die Versagung von Teilzeit beinhaltet, wenn keine familienpolitischen Gründe vorliegen oder die Kolleg*innen unter 60 Jahre alt sind.

Die GEW und ihre Personalräte haben deutlich gesagt: Das ist der falsche Weg, gegen den Lehrermangel vorzugehen und diese Maßnahme wird „nach hinten“ losgehen! Die Lehrkräfte beantragen Teilzeit, weil sie nur so den immer stressiger werdenden Schulalltag bewältigen und ihre Arbeit gut verrichten können.

Viele Kolleg*innen haben auch medizinische Hintergründe für ihre Teilzeit und deshalb ein ärztliches Attest vorgelegt. Sie bekommen nun möglicherweise die Ankündigung, dass eine amtsärztliche Untersuchung geplant ist, um das bestätigen zu lassen.

Keine Angst vor dem Amtsarzt

Das versetzt manche Kolleg*innen in große Sorge, weil sie nicht einschätzen können, was das konkret für sie bedeutet.

Wenn es zu solch einer Untersuchung kommt, überprüft das Gesundheitsamt, ob der oder die Beamt*in wegen gesundheitlicher Probleme nicht mehr Vollzeit arbeiten kann.

Wenn das Gesundheitsamt aufgrund der vorgelegten ärztlichen Berichte dies auch so sieht, muss festgestellt werden, ob die beamtete Lehrkraft noch mit mindestens der Hälfte der Pflichtstunden arbeiten kann. Ist das der Fall, kommt es zur Feststellung der Teildienstfähigkeit. Damit ist das Höchstmaß der Arbeitszeit zwingend festgelegt, ein Teilzeitantrag ist zukünftig nicht mehr notwendig, aber eine Aufstockung auch nur dann, wenn das Gesundheitsamt dies bestätigt. Es erfolgt bei einer Teildienstfähigkeit sogar ein finanzieller Ausgleich in Höhe der Hälfte des Unterschiedsbetrags zur festgelegten Teilzeit gegenüber der Vollzeit. Mehrarbeit ist dann übrigens ausgeschlossen.

Erst wenn das Gesundheitsamt feststellt, dass eine Teilzeit mit mindestens 50% nicht möglich ist, kommt eine vorzeitige Pensionierung in Betracht.

Wie läuft das für Tarifbeschäftigte?

Für tarifbeschäftigte Kolleg*innen gibt der Tarifvertrag TVL §11(2) vor, dass der entsprechende Wunsch nach einer Teilzeit nicht sofort abgelehnt werden kann, sondern mit dem Ziel einer Vereinbarung erörtert werden muss.

Auch Tarifbeschäftigte können zum Gesundheitsamt oder auch zum Medizinischen Dienst der Krankenkassen geschickt werden, um ein ärztliches Attest zu überprüfen. Doch eine Teildienstfähigkeit wie bei Beamt*innen gibt es nicht. Hier greift das Rentenrecht, und das kennt nur die Feststellung einer Erwerbsminderung, die allerdings nicht vom Amtsarzt festgestellt werden kann, sondern vom Rentenversicherungsträger. **Außerdem kann eine Erwerbsminderung nur auf eigenen Antrag eingeleitet werden.**

Die Leistungen einer Erwerbsminderungsrente sind wesentlich schlechter als bei einer Teildienstfähigkeit der Beamt*innen. Der DGB fordert hier seit langem eine grundlegende Verbesserung.

Hier müssen die Schulbehörden vor allem ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden, wenn ein ärztliches Attest vorliegt, das die Teilzeitbeschäftigung als notwendig bestätigt.

Grundsätzlich können Tarifbeschäftigte die Ablehnung einer Teilzeit vor dem Arbeitsgericht überprüfen lassen. Dazu sollten sie sich den Rat des GEW-Rechtsschutzes einholen.

Wichtig: Personalräte bestimmen mit bei geplanter Ablehnung

Anträge auf Teilzeit gehen immer über den Tisch der Schulleitung, die auch ein Votum dazu abgeben muss. Ein Votum ist allerdings keine Entscheidung, die trifft immer die Schulbehörde. Bitte zieht den Antrag nicht zurück, wenn die Schulleitung ablehnt. Die Entscheidung trifft die Bezirksregierung (bei Tarifbeschäftigten in der Grundschule das Schulamt). Wenn die Schulbehörde den Antrag ablehnen will, muss sie dem Personalrat dies zur Mitbestimmung vorlegen. Nur mit Zustimmung des Personalrates wird die Ablehnung wirksam. Der Personalrat braucht allerdings für seine Ablehnungsbegründung tragfähige Argumente, ein einfaches „Ich will nicht voll arbeiten“ reicht nicht aus!

Tragfähige Gründe müssen immer persönliche Gründe sein. Relevant sind vor allem besondere Belastungen, auch nichtmedizinischer Art, die möglicherweise auch nur vorübergehend auftreten. Lasst euch bitte immer beim GEW-Rechtsschutz oder den GEW-Personalräten beraten.

Helga Krüger

Fachleiter*innenzulage

Kürzung bei Teilzeit ist rechtswidrig

Eine Kürzung der Fachleiter*innenzulage wegen einer Teilzeittätigkeit ist rechtswidrig. Das hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf in seinem Urteil vom 29.04.2022 - (26 K 8037/18) festgestellt. Jetzt ist das Urteil rechtskräftig geworden.

Demnach steht die Fachleitungszulage gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 LBesG NRW anspruchsberechtigten Lehrkräften auch bei Teilzeitbeschäftigung in voller Höhe zu, soweit ihre Tätigkeit als Fachleiter*innen mehr als ein Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt.

Wenn also Fachleiter*innen mehr als 25% der Gesamtbeschäftigung (orientiert an der vollen Pflichtstundenzahl) als Fachleitungen tätig sind, darf die Kürzung der Zulage nicht erfolgen. Das bedeutet z.B., dass bei einer Pflichtstundenzahl von 28 Stunden ab 8 Stunden Fachleitungstätigkeit keine Kürzung bei Teilzeitbeschäftigung erfolgen darf.

Antrag auf Zahlung der vollen Zulage stellen

Wir raten daher den betroffenen Kolleg*innen, die volle Zulage und die Zahlung der entstandenen Differenz nun gegenüber ihrer zuständigen Bezirksregierung einzufordern. Es sind mindestens die letzten drei Jahre mit den jeweiligen Teilzeitanteilen der Arbeit in der Schule und der Arbeit als Fachleitung aufzulisten. Es gibt nach §7 Landesbesoldungsgesetz eine dreijährige Verjährungsfrist. Dies kann dazu führen, dass die Bezirksregierung bzw. das LBV auch nur drei Jahre rückwirkend zahlt. (Musterantrag unten)

GEW fordert Gleichstellung aller Fachleitungen

Die GEW NRW setzt sich weiterhin für bessere Bezahlung für Fachleitungen ein! Im gerade laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Besoldung der Lehrkräfte der Grundschulen und der Sekundarstufe I (A13) fordert die GEW erneut die Gleichstellung der Fachleitungen auf einem einheitlichen Amt mit A 15.

Musterantrag





Wechselmöglichkeiten

Mit Lehramt oder Studienabschluss für SEK II zur Grundschule?

// Der Bewerber*innenüberhang für die Lehrämter der SEK II ist erheblich, sicherlich auch eine Folge der bisher ungleichen Bezahlung in den Schulformen der Grundschule und der Sekundarstufe I. Jetzt endlich hat die GEW erreicht, dass erste Schritte für die Angleichung der Besoldung erfolgen. //

NRW hat nun das Programm befristet bis zum Schuljahr 2025/26 erweitert, um Lehrkräfte für die Grundschule und auch für die SEK I zu gewinnen. Angesprochen werden damit Kolleg*innen mit Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (27), für die Sekundarstufe II (29), Gymnasium (25). **Teilweise gelten die Bedingungen auch für das Lehramt für die SEK I.**

Wir haben nachfolgend die Möglichkeiten zusammengestellt.

1. Festeinstellung als Tarifbeschäftigte an der Grundschule mit Lehramtserwerb

Lehrkräfte mit allen Fächern können unbefristet an Grundschulen als Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Sie nehmen verpflichtend an einer 6-monatigen Qualifizierungsmaßnahme im Umfang von 60 Wochenstunden teil und können anschließend das Lehramt an Grund-, Haupt-, und Realschulen erwerben.

Dafür erfolgen eine dienstliche Beurteilung und ein einstündiges Kolloquium (§ 29 (9) LABG). Nach erfolgreichem Abschluss können sie in das Beamtenverhältnis (zurzeit A12 mit Zulage, ab 2026 dann A13) übernommen werden (Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt).

Diese Möglichkeit ist auch für Lehrkräfte geöffnet, die ein Lehramt der Sekundarstufe I besitzen. Sie werden allerdings befristet für den Erwerb der Lehramtsbefähigung für das Lehramt Grundschule eingestellt (Bedingungen siehe oben). Danach erfolgt die Entfristung und die Möglichkeit der Verbeamtung.

2. Festeinstellung als Tarifbeschäftigte an Grundschulen mit Versetzungsgarantie zur SEK II

Lehrkräfte ohne das Fach Geschichte, Griechisch, Italienisch, Katholische Religionslehre, Pädagogik, Philosophie, Russisch oder Spanisch können als Tarifbeschäftigte an Grundschulen eingestellt werden.

Sie erhalten eine Versetzungsgarantie nach Ablauf von vier Jahren an eine Schule der Sekundarstufe II im Umkreis von 50 km zum Dienstort der Grundschule.

3. Festeinstellung als Tarifbeschäftigte an Grundschulen ohne Versetzungsgarantie zur SEK II

Lehrkräfte mit dem Fach Geschichte, Griechisch, Italienisch, Katholische Religionslehre, Pädagogik, Philosophie, Russisch oder Spanisch können als Tarifbeschäftigte an Grundschulen eingestellt werden, verbleiben aber dauerhaft an der Grundschule. Ihnen steht eine Bewerbung auf ausgeschriebene Laufbahnwechselstellen gemäß ihrem Lehramt offen.

4. Berufsbegleitender Vorbereitungsdienst für Absolvent*innen des Master of Education für Gymnasium/Gesamtschulen an Grundschulen und Schulen der SEK I

Für Studienabsolvent*innen (Master of Education oder Erste Staatsprüfung) für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen ist der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst nach OBAS geöffnet worden. Für die Grundschule ist die Übereinstimmung mit einem grundschulrelevanten Fach notwendig, für die Schulen der Sekundarstufe I müssen beide Fächer für die Schulform relevant sein.

Pensionierungswelle rollt

Auf die Anfrage der FDP im Landtag NRW hat das Finanzministerium jetzt Zahlen zur Pensionierungs- und Verrentungswelle, die auf das Land zukommt, veröffentlicht.

Spitzenreiter ist der Schulbereich. Demnach ist die Altersstruktur im Bereich der MSB mit 17.700 im Alter von 60 bis 65 Jahren die größte „Baustelle“. Aber auch der Altersbereich von 51 bis 60 Jahren mit 41.000 Beschäftigten zeigt den großen Bedarf in den nächsten 10 Jahren.

Angesichts dieser Entwicklung ist das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ des Schulministeriums eine Lachnummer. Unsere Prognose: Viele der Maßnahmen machen den Lehrer*innenberuf weiter unattraktiv. Mit Zwangsvollzeit, Mehrarbeit und randvollen Klassen kann man keinen Blumentopf gewinnen - Lehrkräfte auch nicht.



Ausgepresst wie Zitronen

GEW Solingen spendet

// „Man kann uns nicht auspressen wie Zitronen“ – unter diesem Motto machte die GEW in Solingen an einem eigenen Aktionsstand zum 1. Mai auf die wachsende Arbeitsbelastung von Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich aufmerksam. //

Zitronen wurden dann am GEW-Stand aber buchstäblich ausgepresst, um aus dem Saft verschiedene alkoholfreie Cocktails zuzubereiten. Die frischen Getränke wurden gegen eine Spende an Teilneh-



mer*innen der Maikundgebung ausgegeben. „Wir freuen uns das gespendete Geld in Höhe von 150€ dem Felix-Kids-Club für seine Arbeit zur Verfügung stellen zu können“, so Andrea Schütt aus dem Leitungsteam des Stadtverbandes und Mitorganisatorin der GEW-Aktion.

Falko Korth

Save the date

Unsere kommenden Termine zum Vormerken

Schuljahresabschluss im Biergarten

Donnerstag, 15.06.2023 um 18 Uhr

Schuljahresbeginn im Biergarten

Mittwoch, 16.08.2023 um 18 Uhr

Orte bitte beim Leitungsteam erfragen

Ehrung unserer Jubilar*innen und Jahreshauptversammlung

Donnerstag, 31. August 2023 um 18 Uhr

Gläserne Werkstatt

Hauptstraße 61-63 (Fußgängerzone), 42651 Solingen

Alle sind herzlich eingeladen. Die Jubilar*innen der letzten Jahre erhalten noch eine persönliche Einladung.

Klausurtagung 2023

Gemeinsam beraten, planen, organisieren, vorbereiten und diskutieren

Freitag, 20. Oktober 2023 von 10-18 Uhr

LVR-Industriemuseum Gesenkschmiede Hendrichs

Merscheider Str. 289-297, 42699 Solingen

Wir freuen uns über jede und jeden.

Offene GEW-Treffen:

Mittwoch, 19.09.2023, 18.10.2023, 22.11.2023

jeweils 17 Uhr

Grundschule Uhlandstraße, Uhlandstr. 52, 42699 Solingen

Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2023

Unsere Jüngste

25 Jahre

Sabrina Wentzler

30 Jahre

Judith Buse

Leonie Dick

Kirsten Esters

Sarah Koini

Caroline Reyans

Alana Rood

40 Jahre

Jan Voss

50 Jahre

Dagmar Danne

Oliver Dittrich

Christian Seiffert

70 Jahre

Günter Dömer

82 Jahre

Wilma Lankes-Weber

Kersti Mummert



Nachruf

// Wir erhielten die bestürzende Nachricht, dass unser lieber Kollege Hartmut Quessel am 21.03.2023 nach verlorenem Kampf gegen eine Coronainfektion im Alter von 70 Jahren verstorben ist. //

Hartmut war 40 Jahre Mitglied der GEW. Nach einem Bauingenieursstudium hat er sich für den Lehrerberuf entschieden. Sein Kollegium an der Grundschule Erholungstraße beschreibt ihn als einen besonderen Menschen und erinnert sich sehr gerne an die jahrelange Zusammenarbeit.

Mit großem Engagement nahm er seine Aufgaben als Klassenlehrer wahr. Er war geduldig, freundlich, zugewandt und hilfsbereit und wurde von seinen Kindern geliebt, zu denen er einen besonders guten Kontakt hatte. Sich für Schwache in seinem beruflichen Umfeld stark zu machen, war ihm ein besonderes Anliegen.

Früh nahm er die Herausforderungen der Digitalisierung an, für seine Arbeit und für seine Schule. „Jungenförderung“ gestaltete er in der Schule und für die Stadt Solingen.

Sein Engagement zeigte sich auch im Lehrerrat. Die GEW vertrat er lange Jahre als Schwerbehinderten-Vertretung im örtlichen Personalrat. Gerne und interessiert nahm er Veranstaltungen der GEW wahr.

Seine Familie vermisst einen geliebten Menschen. Wir vermissen einen uns lieben Kollegen.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
Sabine Riffi	sabine.riffi@gew-nrw.de
Andrea Schütt	andrea.schuett@gew-nrw.de
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassiererin:

Franziska Sadzik	franziska.sadzik@gew-nrw.de
------------------	-----------------------------

Schriftführerinnen:

Andrea Schütt	andrea.schuett@gew-nrw.de
Julia Bemboom	julia.bemboom@gew-nrw.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Referentin für Rechtsfragen:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert	birgit@seiffert-in-solingen.de
Michael Seiffert	michael@seiffert-in-solingen.de

DGB-Kontakt:

Edgar Koepfel	edgarkoepfel@web.de
---------------	---------------------

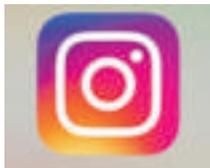
Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Offene GEW-Treffen:

Donnerstag, 15.06.2023, 18 Uhr Schuljahresabschluss im Biergarten
 Mittwoch, 16.08.2023, 18 Uhr Schuljahresbeginn im Biergarten
 (Orte bitte beim Leitungsteam erfragen)
 Mittwoch, 19.09., 18.10., 22.11.2023 jeweils 17 Uhr in der
 Grundschule Uhlandstraße, Uhlandstr. 52, 42699 Solingen
 Wer regelmäßig Einladungen und Protokolle erhalten möchte, mel-
 de sich bei Andrea Schütt per E-Mail.

Allen schöne erholsame Sommerferien!



Impressum:
 GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Paradedstr. 21
 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
 solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion
 Ursula Kurzrock
 u.kurzrock@t-online.de



Herzlichen Glückwunsch

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2023

Unsere Jüngste

22 Jahre

Lena Rademacher

30 Jahre

Hannah Bendel

Julia Dietmüller

Marie-Kristin Mainz

Helena Markos

Pablo Stinnessen

Riccardo Tarantini

40 Jahre

Serife Ay

Lisa Marie Bergedick

Kathrin Cremers

Sarah Göhring

Mimont Ouchkif

Anna-Lena Weise

Linda Wiltzer-Bach

50 Jahre

Ansgar Beer

Julia Peek-von Hatzfeld

Tanja Schäfer

Monika Tietz

60 Jahre

Mohammed Assila

Michael Fluchtmann

Ute Gryzla

Sylvia Kommnick

Andrea Looft

Ulrich Moll

70 Jahr

Martina Buntzel

Heinz Geißler

80 Jahre

Heide Pfaar-Doppstadt

Rosemarie Pitschke

95 Jahre

Rotraud Sicker

96 Jahre

Margot Sturm

Jahreshauptversammlung

Ein Rückblick auf die Versammlung in Mettmann

// Die GEW Mettmann führte am 11. Mai 2023 ihre Jahreshauptversammlung durch und zwar in einem neuen Versammlungsraum. Seit Anfang des 2023 treffen wir uns regelmäßig in den Räumen der Arbeiterwohlfahrt Mettmann. //

Im Kreis Mettmann sind zur Zeit 885 Kolleg*innen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisiert. Wir blickten auch auf die schwierigen Zeiten für die Gewerkschaftsarbeit zurück, die durch die Einschränkungen durch Corona geprägt waren. Wir freuen uns, uns jetzt seit Monaten wieder in Präsenz treffen zu können.

Die Versammlung war geprägt durch einen Blick nach vorn. Zum einen stehen wir im Herbst vor dem Beginn der Tarifverhandlungen Länder. Zum anderen bereiten wir uns intensiv auf die Personalratswahlen im Mai/Juni 2024 und den beginnenden Wahlkampf vor. Die ersten Delegiertenversammlungen wurden schon durchgeführt: Kandida*innen aus Mettmann werden in einer Reihe von Personalräten auch ab 2024 wieder vertreten sein.

Dazu gehört auch Monica Mookherjee von der Gesamtschule Velbert, die Mettmann wieder im Personalrat Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule und PRIMUSschule bei der Bezirksregierung Düsseldorf vertreten wird.

Monica wurde zudem einstimmig neu in das Leitungsteam des Kreisverbandes Mettmann der GEW gewählt. Dorte Mengel aus der Fachgruppe Grundschule hatte vorab erklärt, aus zeitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Dorte für die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre als Mitglied im Kreisverband, als Mitglied im Leitungsteam und nicht zuletzt als langjährige Personalrätin (bis 2022) im Örtlichen Personalrat für Grundschulen im Kreis Mettmann.

Uwe Schledorn

Personalratsarbeit – Ein Gewinn

Wir freuen uns über Unterstützung im Personalrat Grundschule

// Du brauchst einen Tapetenwechsel und suchst nach einer anderen/weiteren Tätigkeit? Du hinterfragst Anweisungen und möchtest wissen, was Deine Rechte sind? Dann komm in den Personalrat! //

Die Arbeit im Personalrat ist vielseitig, abwechslungsreich und bietet viele Chancen zur persönlichen Weiterentwicklung. Als Personalratsmitglied hast Du die Möglichkeit, Veränderungen im Interesse der Beschäftigten voranzutreiben und die Arbeitsbedingungen aktiv mitzugestalten. Du erhältst eine Freistellung (zwischen 7 und 10 Stunden), um die Aufgaben im Personalrat wahrnehmen zu können. Außerdem hast Du das Recht auf Schulungen und Weiterbildungen.

Bei wichtigen Entscheidungen (Versetzung, Abordnung, Einstellung), die die Beschäftigten betreffen, hast Du als Personalratsmitglied Mitbestimmungsrechte. Du kannst Deine Kolleginnen und Kollegen unterstützen und Dich für faire Arbeitsbedingungen einsetzen.

Als Personalratsmitglied gehört man einem Netzwerk von engagierten Kolleginnen und Kollegen an, die sich für die gleichen Interessen einsetzen. Du kannst von ihrem Wissen und ihrer Erfahrung profitieren.

Und wie wichtig Personalräte sind, das hat nicht nur die Corona-Zeit gezeigt. Vor allem in den nächsten Jahren, wenn der Lehrkräftemangel noch größer wird, sind starke Personalräte gefordert, damit die Interessen der Beschäftigten gehört und umgesetzt werden.

Also zögere nicht und werde Teil des Personalrats! Sprich uns an!



Mechthild Hesterkamp
 GGS Regenbogenschule
 40699 Erkrath
 02104/2814528 privat
 mechthild.hesterkamp@
 gew-nrw.de



Felix Josfeld
 GGS Am Neandertal
 40822 Mettmann
 0151/10974502 privat
 felix.josfeld@gew-nrw.de



Anja Althoff
 GGS Lindenschule
 42489 Wülfrath
 0157/ 82953950 privat
 anja.althoff@gew-nrw.de

Leitungsteam

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Kassierer*in

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Regionale Ansprechpartner*innen

Knut Koslowski

Ratingen

knut.koslowski@gew-nrw.de

Mohammed Assila

Hilden, Haan, Erkrath, Mettmann

mohammed_Assila@web.de

Monica Mookherjee

Velbert, Heiligenhaus, Wülfrath

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Harald Sprave

Langenfeld, Monheim

haraldsprave@t-online.de

Öffentlichkeit, Homepage

Hanne Steffin-Özlük

hanne.steffin@gesamtschulevelbert.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen

herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte | Ansprechpartner*innen Grundschule

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Anja Althoff

anja.althoff@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Rainer Rieger

rainer_rieger@yahoo.de

Gesamtschule

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Antje Schipper

antje.schipper@gew-nrw.de



**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202/563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202/7993123

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202/573902

Nina Prins-Stein
nina.prins@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de
Tel. 0202/2531681

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/7240596

Ümit Yükekol
uemit.yuekekol@gew-nrw.de

**Personalrät*innen /
Ansprechpartner*innen der
anderen Schulformen**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0202/557791

Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/608214

Förderschule
Ute Halein
ute.halein@gew-nrw.de
Tel. 0173 / 7421611

Realschule
Angelika Glauch
angelika.glauch@gew-nrw.de
Tel. 0157/ 53065576

Gesamtschule
Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177/9654362

Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de
Tel. 0202/9742874

Berufskolleg
Antje Schipper
antje.schipper@gew-nrw.de
Tel. 0201/6153250

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de
Tel. 02333/601044

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz
Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de

Tarifbeschäftigte
Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Gewerkschaftl. Kommunikation
Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Junge GEW
Till Sörensen
t-soerensen@gmx.de

Team Senior*innen
Inge Hanten
inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke
Wernecke_Birgit@gmx.de

Dr. Egbert Fröse
ebert-froese@web.de

Christian Neumann
cujneumann@web.de

Verbindung zum DGB
Dr. Dirk Krüger
krueger.wtal@t-online.de

Fachgruppe Grundschule
Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de

Fachgruppe sonderpäd. Berufe
Ute Westerfeld-Schmidt
ute.westerfeld-schmidt@gew-nrw.de

Frauke Bigge
frauke.bigge@gmail.com

Johannes Winter
joh_winter@web.de

Fachgruppe Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule
Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de

Kontakt Studierende
Solvey Hlynsdóttir
hib-wuppertal@gew-nrw.de

